

Bedau, Klaus-Dietrich

Working Paper

Ersparnis und Versorgungsaufwendungen nach Haushaltsgruppen

DIW Discussion Papers, No. 187

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Bedau, Klaus-Dietrich (1999) : Ersparnis und Versorgungsaufwendungen nach Haushaltsgruppen, DIW Discussion Papers, No. 187, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/18156>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

DIW Diskussionspapiere Discussion Papers

Diskussionspapier Nr. 187

Ersparnis und Vorsorgeaufwendungen nach Haushaltsgruppen

von
Klaus-Dietrich Bedau

Berlin, Juli 1999

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
Königin-Luise-Str. 5, 14191 Berlin
Telefon: 49-30 - 89 7 89 -0
Telefax: 49-30 - 89 7 89 -200

ISSN 1433-0210

Gliederung

1. Sinkende Sparneigung der privaten Haushalte
2. Zur Aktualität der amtlichen Verteilungsstatistik
3. Einige definitorische Unterschiede zwischen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
4. Sparquoten nach der Einkommenshöhe
5. Sparquoten nach Haushaltsgruppen
6. Sozialversicherungsbeiträge der privaten Haushalte
7. Vorsorgeaufwendungen der privaten Haushalte
8. Vorsorgeaufwendungen nach der Einkommenshöhe
9. Vorsorgeaufwendungen nach Haushaltsgruppen
10. Fazit
11. Literaturverzeichnis
12. Verzeichnis der statistischen Quellen

Tabellen

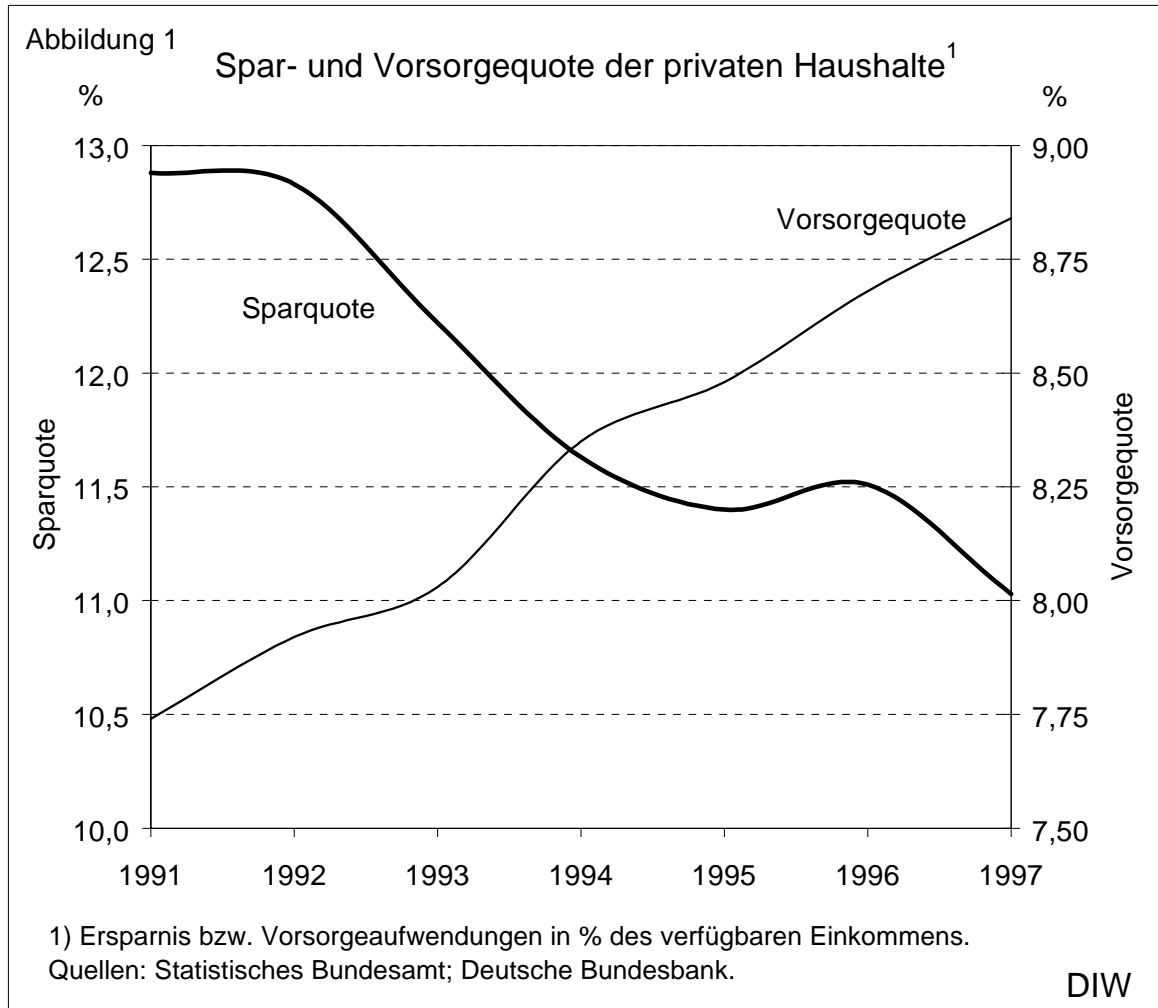
1. Einkommensverteilung und -verwendung der privaten Haushalte
2. Einkommensverteilung und -verwendung 1993 nach der Einkommenshöhe
3. Einkommensverteilung und -verwendung 1993 nach Haushaltsgruppen
4. Durchschnittliches Geldvermögen zum Jahresende 1993 nach Haushaltsgruppen und Anlageformen
5. Sozialversicherungsbeiträge der privaten Haushalte 1993
6. Aufwendungen der privaten Haushalte für die Alters- und Hinterbliebenenvorsorge
7. Vorsorgeaufwendungen 1993 nach der Einkommenshöhe
8. Vorsorgeaufwendungen 1993 nach Haushaltsgruppen

Abbildungen

1. Spar- und Vorsorgequote der privaten Haushalte
2. Sparquoten 1993 nach der Einkommenshöhe
3. Vorsorgequoten 1993 nach der Einkommenshöhe
4. Spar- und Vorsorgequoten 1993 nach zusammengefaßten Haushaltsgruppen

1. Sinkende Sparneigung der privaten Haushalte

Seit geraumer Zeit, so zeigen es die Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR)¹, geht die gesamtwirtschaftliche Sparquote in Deutschland zurück. Sie machte 1991 fast 13 %, 1997 nur noch 11 % des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte aus (Tabelle 1 und Abbildung 1).



Weshalb wird heute ein geringerer Teil des Einkommens als früher gespart? Als ein Grund ist wohl an erster Stelle die stark gestiegene Arbeitslosigkeit zu nennen, die vielen Menschen erhebliche Einkommenseinbußen brachte und ihre Sparfähigkeit beschnitt - die jahresdurchschnittliche Zahl der Arbeitslosen war 1997 um mehr als zwei

Drittel höher als sechs Jahre davor. Auf die Sparfähigkeit der Arbeitnehmer wirkten sich geringere Tarifsteigerungen sowie Einschränkungen bei Sonderzahlungen und der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall (hier wurde die Kürzung inzwischen rückgängig gemacht) bei wachsender Abgabenbelastung und steigenden Lebenshaltungskosten aus. Während das Volkseinkommen je Erwerbstätigen von 1991 bis 1997 um 32 % zugenommen hat, sind die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer in dieser Zeit nur um 27 %, die durchschnittlichen Nettolöhne und -gehälter sogar nur um 20 % gestiegen. Die „realen“ - d.h. um Preissteigerungen bereinigten - Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer waren 1997 nur geringfügig höher als 1991 (+ 0,8 %).

Tabelle 1

Einkommensverteilung und -umverteilung der privaten Haushalte¹⁾
in Mrd. DM

Jahr	Erwerbs- und Vermögens-einkommen	Empfangene laufende Übertragungen	Geleistete laufende Übertragungen	Konsumenten-kredit-zinsen	Verfügbares Einkommen	Privater Verbrauch	Ersparnis	Nachrichtlich: Sparquote ²⁾ in %
1991	2.243,7	596,2	938,4	30,2	1.871,3	1.630,3	241,0	12,9
1992	2.422,4	663,0	1.035,6	35,8	2.014,0	1.755,5	258,5	12,8
1993	2.474,0	720,6	1.070,7	40,1	2.083,9	1.829,3	254,6	12,2
1994	2.577,7	754,0	1.135,0	39,9	2.156,8	1.906,0	250,8	11,6
1995	2.671,0	796,9	1.197,7	40,8	2.229,5	1.975,3	254,1	11,4
1996	2.738,5	813,5	1.200,7	38,9	2.312,4	2.046,4	266,1	11,5
1997	2.785,6	827,6	1.219,0	39,1	2.355,1	2.095,2	259,8	11,0

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.– ²⁾ Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens.
Quelle: Statistisches Bundesamt (1998).

Zwar paßte mancher Haushalt seine Konsumausgaben der ungünstiger gewordenen Einkommensentwicklung an und setzte „Prioritäten“ in seinem Verbrauch. Bei einigen Ausgabearten (z. B. bei Wohnungsmieten, Gesundheitsleistungen sowie langfristig kontrahierten Dienstleistungen von Banken und Versicherungen) gibt es aber kaum Sparpotential, und bei den Ausgaben für den Grundbedarf (z. B. Nahrungsmittel und Haushaltsenergie) bestehen nur begrenzte Ausweichmöglichkeiten. Aber in anderen Bereichen (z. B. Verzehr in Gaststätten, Ausgaben für Getränke und Tabakwaren) kann man sich zurückhalten; auch der Kauf langlebiger Konsumgüter kann aufgeschoben werden, wenn man sich finanziell „nach der Decke strecken“ und zudem Angst um

¹⁾ Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung wurde kürzlich grundlegend revidiert; neue Daten zum verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte wurden allerdings noch nicht veröffentlicht. Daher wird

seinen Arbeitsplatz haben muß. Allerdings ist ein Aufschub solcher Käufe in der Regel nur so lange möglich, bis ein „echter“ Ersatzbedarf auftritt, z. B. wenn Kühlschrank oder Waschmaschine ausfallen.

In ihrer Mehrheit passen die Konsumenten ihre Verbrauchsausgaben nicht abrupt, sondern allmählich an veränderte Gegebenheiten an. Das hatte in den neunziger Jahren zur Folge, daß der private Verbrauch stärker ausgeweitet wurde, als die verfügbaren Einkommen stiegen. Dabei wirkte die rückläufige Sparquote gewissermaßen als „Puffer“.

Nicht ohne Einfluß auf die Entwicklung der Sparquote ist schließlich wohl auch gewesen, daß die Aufwendungen von Unternehmen und Staat für die Vermögensbildung seit 1993 rückläufig sind - bis 1997 fielen sie um 15 %.²

2. Zur Aktualität der amtlichen Verteilungsstatistik

Hinter der gesamtwirtschaftlichen Sparquote steht eine beträchtliche Streuung. Das wird z. B. an den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) deutlich (Hertel 1997).

Die EVS ist neben der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der Einkommensteuerstatistik eine wichtige Quelle der amtlichen Statistik für Untersuchungen zur Einkommensverteilung. Zwar gibt es noch eine Reihe anderer Statistiken, in denen der Einkommensaspekt mehr oder weniger stark im Vordergrund steht (z. B. Mikrozensus, laufende Wirtschaftsrechnungen, Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen), aber die Aussagekraft dieser Statistiken ist eingeschränkt (Euler 1985).

Leider sind die Ergebnisse der EVS zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung nicht mehr aktuell. In der vergangenen Legislaturperiode beklagte die Opposition im Deutschen

hier auf VGR-Ergebnisse vor der Revision zurückgegriffen.

² Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (1997), S. 492.

Bundestag, daß es zwar aktuelle Statistiken etwa über Anbaufläche und Ertrag von Hackfrüchten gäbe, in denen beispielsweise zwischen frühen und späten Speisekartoffeln unterschieden würde, daß aber die Informationen über die Einkommens- und Vermögensverteilung lückenhaft seien (Deutscher Bundestag 1997). Aus der damaligen Koalition jedoch war zu hören, das vorhandene Statistikmaterial zu den Verteilungsvorgängen reiche vollkommen aus, denn man wisse, wieviel die Leute auf der hohen Kante haben, wieviel sie z. B. für Freizeit, Reisen, Wohnen und Ernährung ausgeben. Aber ist die Informationslage tatsächlich ausreichend, wenn man im Jahre 1999 noch immer mit Strukturdaten arbeiten muß, die sich auf das Jahr 1993 beziehen? Aus der EVS von 1998 - die Erhebung wird alle fünf Jahre durchgeführt - wurden bisher nur Daten zur Ausstattung der privaten Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern veröffentlicht.

3. Einige definitorische Unterschiede zwischen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe

In der EVS sind Einkommen und Ersparnis nicht in gleicher Weise abgegrenzt wie in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Das „Haushaltsnettoeinkommen“ der EVS enthält einige Posten, die in der VGR nicht zum verfügbaren Einkommen zählen, weil sie nicht für Verbrauch und Ersparnis zur Verfügung stehen:

- Kraftfahrzeug-, Erbschaft-, Schenkung-, Hunde-, Jagd- und Fischereisteuer, Fehlbelegungsabgabe im sozialen Wohnungsbau;
- freiwillige Beiträge zur Sozialversicherung, Beiträge für Pensions-, Alters- und Sterbekassen, Prämien für private Krankenversicherung, Kraftfahrzeugversicherung, Privathaftpflichtversicherung, private Unfall- und Rechtsschutzversicherung, Hausratversicherung und sonstige Schadenversicherung³;
- Verwaltungsgebühren, Strafen, Mitgliedsbeiträge und Spenden an Organisationen ohne Erwerbzweck, interfamiliale Übertragungen.

³ Das verfügbare Einkommen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung enthält allerdings das Entgelt für die Dienstleistungen der Versicherungsunternehmen, das als Überschuß der Beitragseinnahmen und Zinsen auf Versicherungen über die Leistungen der Unternehmen definiert ist.

Um die Ergebnisse von VGR und EVS vergleichbar nebeneinanderstellen zu können, wurden die genannten Posten vom Haushaltsnettoeinkommen der EVS subtrahiert; Einnahmen aus dem Verkauf von Waren wurden hinzugefügt. Die Ersparnis wurde als derjenige Teil des verfügbaren Einkommens berechnet, der nach Abzug des privaten Verbrauchs verbleibt.

Weil in der EVS die Bezieher hoher Einkommen fehlen und darüber hinaus Fragen nach der Einkommenshöhe in Interviews nicht selten auf Mißtrauen stoßen, war nicht zu erwarten, daß die Ergebnisse von VGR und EVS völlig deckungsgleich sind. Über den „Ausschöpfungsgrad“ der EVS-Daten hat das DIW unlängst berichtet (Bedau und Krause 1998).

4. Sparquoten nach der Einkommenshöhe

Haushalte mit geringem Einkommen können in der Regel nicht sparen. Sie bestreiten vielmehr ihren Lebensunterhalt, indem sie - sofern vorhanden - Vermögensbestände abbauen oder Kredite aufnehmen; die Sparquote dieser Haushalte ist negativ (Tabelle 2 und Abbildung 2). Mit steigendem Einkommen nimmt die Sparquote deutlich zu. Die westdeutschen Haushalte mit einem verfügbaren Einkommen von 3 000 bis 4 000 DM im Monat legten 1993 nur rund 5 %, die Haushalte mit einem Einkommen von 4 000 bis 5 000 DM schon 10 % und die Haushalte mit einem Einkommen von 5 000 bis 10 000 DM sogar 21 % ihrer Einkünfte „auf die hohe Kante“. Haushalte mit einem verfügbaren Monatseinkommen von mehr als 10 000 DM waren in der Lage, davon fast zwei Fünftel zu sparen.

Tabelle 2

Einkommensverteilung und -verwendung 1993 nach der Einkommenshöhe

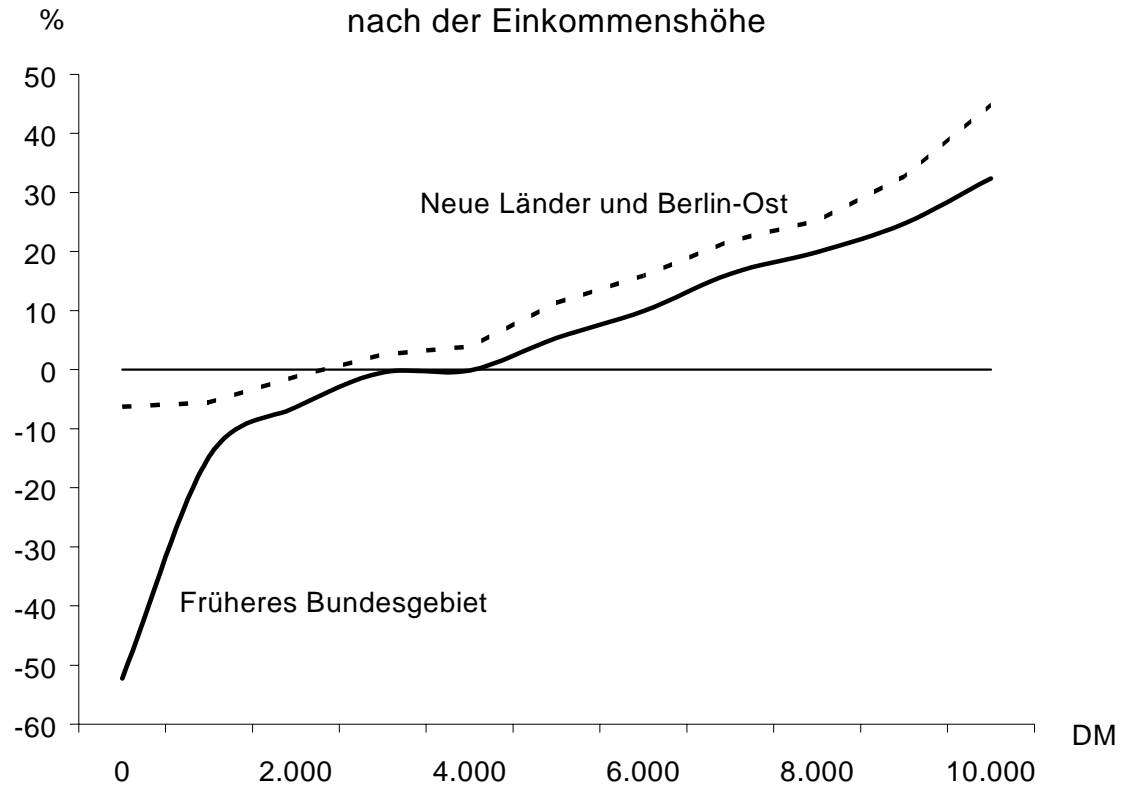
in DM je Haushalt und Monat

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM		Haushalts- brutto- einkommen ¹⁾	Direkte Steuern	Versicherungs- beiträge	Sonstige geleistete Einkommens- übertragungen	Verfügbares Einkommen	Privater Verbrauch	Ersparnis	Nachrichtlich: Sparquote ²⁾ in %
Früheres Bundesgebiet									
unter	1.000	913	76	76	30	732	1.114	-382	-52,3
1.000	... 2.000	1.731	53	164	61	1.454	1.602	-148	-10,2
2.000	... 3.000	3.060	236	401	112	2.312	2.318	-6	-0,3
3.000	... 4.000	4.304	359	592	159	3.194	3.023	171	5,4
4.000	... 5.000	5.668	546	832	184	4.107	3.699	408	9,9
5.000	... 10.000	8.779	1.120	1.255	247	6.157	4.887	1.270	20,6
10.000	... 35.000	16.964	2.891	1.716	422	11.935	7.329	4.606	38,6
Zusammen		6.090	716	809	184	4.382	3.639	743	17,0
Neue Länder und Berlin-Ost									
unter	1.000	884	8	46	9	821	873	-51	-6,3
1.000	... 2.000	1.694	35	141	65	1.453	1.499	-46	-3,2
2.000	... 3.000	2.870	122	331	69	2.348	2.270	77	3,3
3.000	... 4.000	4.181	239	584	76	3.282	2.911	371	11,3
4.000	... 5.000	5.691	486	889	93	4.223	3.552	672	15,9
5.000	... 10.000	8.198	981	1.316	130	5.771	4.333	1.438	24,9
10.000	... 25.000	16.369	2.540	1.661	131	12.036	5.448	6.589	54,7
Zusammen		4.101	318	565	81	3.137	2.700	437	13,9
¹⁾ Einschließlich Einnahmen aus dem Verkauf von Waren.- ²⁾ Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens. <i>Quellen:</i> Statistisches Bundesamt (1997); Berechnungen des DIW.									

Bemerkenswert ist, daß die Sparquoten in den neuen Ländern und Berlin-Ost im Jahre 1993 bei gleichem Einkommen über denen im früheren Bundesgebiet lagen. Bei geringem Einkommen wurden in Ostdeutschland Kredite in geringerer Höhe als in Westdeutschland aufgenommen; bei einem Monatseinkommen von 3 000 bis 4 000 DM sparten die ostdeutschen Haushalte 11 %, bei einem Einkommen von 4 000 bis 5 000 DM 16 %, bei einem Einkommen von 5 000 bis 10 000 DM 25 % ihrer verfügbaren finanziellen Mittel. Haushalte mit einem Monatseinkommen von 10 000 DM oder mehr sparten davon über die Hälfte.

Abbildung 2

Sparquoten¹ 1993 nach der Einkommenshöhe



1) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

DIW

5. Sparquoten nach Haushaltsgruppen

Signifikante Unterschiede gibt es auch zwischen den Sparquoten sozioökonomischer Haushaltsgruppen (DIW 1989). Nach den modifizierten Ergebnissen der EVS von 1993 sparten die Haushalte von Selbständigen 31 % (Westdeutschland) bzw. 25 % (Ostdeutschland), die Haushalte von Arbeitnehmern⁴ 19 % bzw. 18 %, die Haushalte von Nichterwerbstätigen 6 % bzw. 5 % ihres verfügbaren Einkommens (Tabelle 3).

Tabelle 3

Einkommensverteilung und -verwendung 1993 nach Haushaltsgruppen								
in DM je Haushalt und Monat								
Soziale Stellung der Bezugsperson	Haushaltsbruttoeinkommen ¹⁾	Direkte Steuern	Versicherungsbeiträge	Sonstige geleistete Einkommensübertragungen	Verfügbares Einkommen	Privater Verbrauch	Ersparnis	Nachrichtlich: Sparquote ²⁾ in %
Früheres Bundesgebiet								
Selbständiger								
in der Landwirtschaft	6.440	384	1.126	170	4.761	4.039	722	15,2
außerhalb der Landwirtschaft	10.683	1.611	1.124	252	7.696	5.104	2.592	33,7
Angestellter	8.224	1.319	1.371	164	5.370	4.245	1.125	20,9
Beamter	8.393	1.275	598	229	6.290	5.143	1.147	18,2
Arbeiter	6.365	750	1.102	125	4.388	3.635	754	17,2
Arbeitsloser	2.907	97	195	87	2.527	2.585	-57	-2,3
Rentner	3.541	82	297	216	2.946	2.720	226	7,7
Pensionär	6.487	648	499	437	4.903	4.462	442	9,0
Sonstiger Nichterwerbstätiger	3.413	181	309	120	2.803	2.726	77	2,8
Zusammen	6.090	716	809	184	4.382	3.639	743	17,0
Neue Länder und Berlin-Ost								
Selbständiger	6.483	683	863	80	4.856	3.660	1.195	24,6
Arbeitnehmer	5.442	564	920	86	3.873	3.174	699	18,1
Arbeitsloser	2.681	80	224	44	2.333	2.289	44	1,9
Übriger Nichterwerbstätiger ³⁾	2.565	39	189	84	2.254	2.123	130	5,8
Zusammen	4.101	318	565	81	3.137	2.700	437	13,9
¹⁾ Einschließlich Einnahmen aus dem Verkauf von Waren.– ²⁾ Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens.– ³⁾ Rentner, Pensionär und sonstiger Nichterwerbstätiger. <i>Quellen:</i> Statistisches Bundesamt (1997); Berechnungen des DIW.								

Die Selbständigen-Haushalte können aufgrund ihrer vergleichsweise hohen Spartätigkeit ein Geldvermögen akkumulieren, das im Durchschnitt erheblich über dem der übrigen Haushaltsgruppen liegt (Tabelle 4): Für die Selbständigen-Haushalte in Westdeutschland ergab sich 1993 ein durchschnittliches Bruttogeldvermögen von

⁴ Eine differenzierte Strukturanalyse der Einnahmen und Ausgaben von Arbeiter- und Angestellten-Haushalten (Münnich 1997) hat gezeigt, daß die Höhe der Sparquote von zahlreichen Einflußgrößen abhängt, etwa von der Zahl der Einkommensbezieher sowie von Zahl und Alter der Kinder im Haushalt.

156 000 DM (Arbeitnehmer-Haushalte: 62 000 DM), für die in den neuen Bundesländern ein Durchschnittsbetrag von 46 000 DM (Arbeitnehmer-Haushalte: 25 000 DM).

Tabelle 4

**Durchschnittliches Geldvermögen am Jahresende 1993
nach Haushaltsgruppen und Anlageformen**
in DM je Haushalt mit der jeweiligen Anlageform

Soziale Stellung der Bezugsperson	Spar-guthaben	Bauspar-guthaben	Versicherungs-guthaben ¹⁾	Wert-papiere ²⁾	Sonstiges Geldvermögen	Insgesamt
Früheres Bundesgebiet						
Selbständiger						
in der Landwirtschaft	16.400	13.700	55.000	47.300	35.500	110.000
außerhalb der Landwirtschaft	13.200	16.100	98.300	73.900	63.600	163.000
Angestellter	11.200	11.900	33.900	35.900	29.700	70.100
Beamter	13.000	14.700	29.600	39.200	32.800	77.200
Arbeiter	9.600	10.000	23.400	24.000	25.200	49.000
Arbeitsloser	7.800	8.300	25.600	36.200	26.800	40.800
Sonstiger Nichterwerbstätiger	14.500	9.300	17.600	53.900	32.400	54.700
Zusammen	12.300	11.200	31.400	42.600	33.100	65.300
Neue Länder und Berlin-Ost						
Selbständiger ³⁾	8.500	9.700	9.600	27.100	33.800	44.800
Arbeitnehmer	8.200	6.800	3.100	15.100	17.600	25.200
Arbeitsloser	6.200	5.800	2.800	14.100	14.700	16.600
Übriger Nichterwerbstätiger ⁴⁾	9.000	6.800	2.600	18.800	16.100	20.300
Zusammen	8.400	7.000	3.400	17.100	18.000	23.400
¹⁾ Rückkaufwert von Lebens-, Sterbegeld-, Ausbildungs- und Aussteuerversicherungen.– ²⁾ Bewertet zum Tageskurs.– ³⁾ Ohne Selbständige in der Landwirtschaft.– ⁴⁾ Rentner, Pensionär und sonstiger Nichterwerbstätiger. <i>Quelle:</i> Statistisches Bundesamt (1995).						

Diese Durchschnittsbeträge verdecken allerdings eine erhebliche Streuung der Vermögensbestände. Auf die Hälfte der westdeutschen Selbständigen-Haushalte entfielen lediglich 14 %, auf die Hälfte der westdeutschen Arbeitnehmer-Haushalte nur 13 % des von der EVS 1993 erfaßten Geldvermögens. Demgegenüber verfügten 24 % der Selbständigen-Haushalte sowie 19 % der Arbeitnehmer-Haushalte (solche mit besonders hohen finanziellen Rücklagen) über 61 % bzw. 54 % der jeweiligen Vermögensbestände. In den neuen Bundesländern ist die Disparität in der Verteilung des Geldvermögens (noch) geringer als in Westdeutschland (Bedau 1998).

Bei Selbständigen-Haushalten sind Privat- und Betriebsvermögen nicht immer exakt voneinander abzugrenzen. Nicht unproblematisch ist es, Einkommenssituation, Sparintensität sowie Vermögenslage von Selbständigen und Arbeitnehmern zu vergleichen, weil deren Alterssicherung unterschiedlich geregelt ist (DIW 1999). Selbständige treffen in der Regel eigenverantwortlich Alters- und Hinterbliebenenvorsorge insbesondere durch den Abschluß von Lebensversicherungen; ihr Geldvermögen schließt das hierfür angesparte Kapital ein. Auch die Freiberufler, die Pflichtmitglieder berufsständischer Versorgungswerke sind, schließen zumeist zusätzlich Lebensversicherungen ab, um im Alter den gewohnten Lebensstandard nicht spürbar einschränken zu müssen. Angestellte und Arbeiter dagegen sparen einen Teil ihres Einkommens nicht freiwillig, sondern - als Beiträge zur Rentenversicherung und zu vergleichbaren Einrichtungen - „kraft Gesetzes“; sie bilden mit ihren Rentenversicherungsbeiträgen „Sozialvermögen“. Doch die Ansprüche an die gesetzliche Rentenversicherung werden (ebenso wie die Pensionsansprüche der Beamten-Haushalte, die allerdings nicht durch Arbeitnehmerbeiträge begründet sind) nicht zum Geldvermögen gezählt; hier sind nur die Ansprüche der Arbeitnehmer aus betrieblich Pensionszusagen enthalten.

6. Sozialversicherungsbeiträge der privaten Haushalte

Die von den privaten Haushalten geleisteten Sozialversicherungsbeiträge haben beträchtliches Gewicht: Sie beliefen sich 1993 auf 643 Mrd. DM (Tabelle 5). Einschließlich der in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für die Altersversorgung der Beamten und für betriebliche Ruhesonderverpflichtungen unterstellten Beiträge wurde rund die Hälfte der Sozialbeiträge von den Arbeitgebern getragen; die Arbeitnehmerbeiträge machten ein Drittel der Sozialbeiträge aus. Die Pflichtbeiträge der Selbständigen, die vom Staat getragenen Beiträge für Empfänger sozialer Leistungen (Krankenversicherungsbeiträge der Rentner, Rentenversicherungsbeiträge der Arbeitslosen), die Eigenbeiträge der Rentner und Arbeitslosen sowie die übrigen Beiträge der Selbständigen, Hausfrauen u.ä. hatten vergleichsweise geringes Gewicht.

Zwei Fünftel der Sozialbeiträge sind 1993 an die Träger der Alterssicherung, ein Drittel an die gesetzliche Krankenversicherung, ein Achtel an die Arbeitslosenversicherung geflossen. Aufgrund der ungünstigen Entwicklung am Arbeitsmarkt wurden die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung mehrmals erhöht; 1980 machten sie erst knapp 7 % der gesamten westdeutschen Sozialbeiträge aus.

Tabelle 5

Sozialversicherungsbeiträge der privaten Haushalte 1993
in Mrd. DM

Empfänger	Arbeitgeberbeiträge			Arbeitnehmerbeiträge	Pflichtbeiträge der Selbständigen	Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen	Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen	Übrige Beiträge der Selbständigen, Hausfrauen u.ä.	Insgesamt
	Tatsächliche Beiträge	Unterstellte Beiträge ¹⁾	Zusammen						
Gesetzliche Rentenversicherung	111,4	–	111,4	105,7	1,2	13,9	1,0	3,1	236,2
Zusatzversorgung ²⁾	9,5	–	9,5	–	–	–	–	–	9,5
Landwirtschaftliche Alterskassen	–	–	–	–	1,5	–	–	–	1,5
Gesetzliche Krankenversicherung	71,8	–	71,8	43,2	1,4	36,0	19,2	12,3	214,0
Gesetzliche Pflegeversicherung	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Gesetzliche Unfallversicherung	15,9	–	15,9	–	1,7	0,0	–	–	17,7
Arbeitslosenversicherung	42,2	–	42,2	39,8	–	0,4	0,3	–	82,8
Staat (als Arbeitgeber)	–	32,6	32,6	–	–	–	–	–	32,6
Unternehmen	4,9	33,4	38,3	1,5	3,5	–	–	–	43,4
Private Haushalte ³⁾	–	4,8	4,8	–	–	–	–	–	4,8
Übrige Welt	0,4	–	0,4	0,4	–	–	–	–	0,8
Insgesamt	256,2	70,9	327,0	220,6	9,3	50,3	20,6	15,4	643,2

¹⁾ Unterstellte Beiträge für die Beamtenversorgung und für Betriebsrenten.– ²⁾ Zusatzversorgungskassen, insbesondere von Bund, Ländern, Gemeinden, Bahn, Post und Kirchen.– ³⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck und Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.
Quelle: Statistisches Bundesamt (1998).

Nur ein Teil der Sozialbeiträge wirkt ähnlich wie eine Ersparnis; das sind die Beiträge

- an die gesetzliche Rentenversicherung,
- an die Zusatzversorgungseinrichtungen im öffentlichen Dienst,
- an die landwirtschaftlichen Alterskassen,
- an Versicherungsunternehmen und Pensionskassen für Einzel- und Gruppenversicherungen der Arbeitgeber zugunsten ihrer Arbeitnehmer,

- an berufsständische Versorgungswerke zur Pflichtversicherung der freiberuflich Tätigen⁵.

Bei den übrigen Sozialbeiträgen überwiegt der Versicherungscharakter. Hier handelt es sich um Beiträge

- an die Krankenversicherung zur Absicherung gegen das Risiko „Krankheit“,
- an die Pflegeversicherung zur Absicherung gegen das Risiko „Pflegebedürftigkeit“,
- an die Arbeitslosenversicherung zur Absicherung gegen das Risiko „Arbeitslosigkeit“.

Ohne den Arbeitgeberanteil⁶ beliefen sich die Sozialbeiträge der privaten Haushalte, die wie eine Ersparnis wirken, 1993 auf 118 Mrd. DM; sie sind fast ausschließlich an die Träger der gesetzlichen Rentenversicherung geflossen. Im Zeitverlauf haben die ersparnisähnlichen Sozialbeiträge stärker als die Ersparnis der privaten Haushalte zugenommen. Zum einen ist der Beitragssatz zur Rentenversicherung gestiegen - 1980 zahlten die Arbeitnehmer 9 %, 1997 10,15 % des Bruttoarbeitsentgelts als Rentenversicherungsbeitrag. Zum anderen wurde die Beitragsbemessungsgrenze jährlich angehoben; in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten betrug sie 1980 monatlich 4 200 DM, 1997 fast das Doppelte (8 200 DM).

7. Vorsorgeaufwendungen der privaten Haushalte

Die Alters- und Hinterbliebenenversorgung wird einmal durch die ersparnisähnlichen Sozialversicherungsbeiträge, zum anderen durch die Geldanlagen bei Lebensversicherungen gewährleistet. Beide Ströme werden hier als Vorsorgeaufwendungen der privaten Haushalte zusammengefaßt. Offen bleibt, in welchem Ausmaß andere Formen der Geldanlage (z. B. der Kauf von Wertpapieren) der Alters- und Hinterbliebenenversorgung dienen.

⁵ Die in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Beamtenpensionen und für Betriebsrenten unterstellten Sozialbeiträge bleiben hier außer Betracht.

⁶ Die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung bleiben im folgenden ausgeklammert, weil sie in der EVS nicht erfragt werden.

Die Vorsorgeaufwendungen beliefen sich 1993 auf 177 Mrd. DM; die

Tabelle 6

Aufwendungen der privaten Haushalte für die Alters- und Hinterbliebenenvorsorge
in Mrd. DM

Jahr	Ersparnisähnliche Sozialversicherungsbeiträge ¹⁾					Geldanlage bei Lebensversicherungen ²⁾	Vorsorgeaufwendungen	Nachrichtlich: Vorsorgequote ³⁾ in %
	Arbeitnehmerbeiträge	Pflichtbeiträge der Selbstständigen	Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen	Übrige Beiträge der Selbstständigen, Hausfrauen u.ä.	Zusammen			
1991	98,8	5,5	1,0	2,4	107,7	45,5	153,1	7,7
1992	106,5	5,9	0,9	2,7	115,9	52,8	168,7	7,9
1993	107,6	6,2	1,0	3,1	117,8	58,9	176,8	8,0
1994	120,0	6,4	1,3	3,3	131,0	60,1	191,1	8,4
1995	120,9	7,3	1,8	2,9	133,0	67,4	200,4	8,5
1996	125,1	7,4	2,9	4,7	140,1	72,9	213,0	8,7
1997	131,8	7,7	2,0	2,2	143,6	77,3	220,9	8,8

¹⁾ Beiträge an die gesetzliche Rentenversicherung, an die landwirtschaftlichen Alterskassen, an Versicherungsunternehmen und an die übrige Welt.– ²⁾ Einschließlich Pensions- und Sterbekassen sowie berufsständische Versorgungswerke.–

³⁾ Vorsorgeaufwendungen in % des verfügbaren Einkommens vor Abzug der ersparnisähnlichen Sozialversicherungsbeiträge.

Quellen: Statistisches Bundesamt (1998); Deutsche Bundesbank (1998).

Sozialversicherungsbeiträge, die wie eine Ersparnis wirken, hatten an diesem Betrag einen Anteil von 67 %, die Lebensversicherungsprämien einen solchen von 33 % (Tabelle 6).

Die Geldanlagen bei Lebensversicherungen expandierten wesentlich stärker als die Sozialversicherungsbeiträge. Neben den Ansprüchen an die gesetzliche Rentenversicherung und an betriebliche Pensionsfonds hat sich die Lebensversicherung zur dritten Säule der Altersvorsorge entwickelt. Ihre Bedeutung wird angesichts der zu erwartenden Bevölkerungsentwicklung und deren Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben der staatlich organisierten Alterssicherung noch zunehmen.

Am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte hatten die Aufwendungen für die Alters- und Hinterbliebenenvorsorge 1993 einen Anteil von 8 %. Anders als die Sparquote ist die Vorsorgequote in den neunziger Jahren kontinuierlich gestiegen (Abbildung 1).

8. Vorsorgeaufwendungen nach der Einkommenshöhe

In den Veröffentlichungen der EVS-Ergebnisse werden neben den Pflichtbeiträgen zur Sozialversicherung die freiwilligen Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung und die freiwilligen Beiträge zu Pensions- und Sterbekassen ausgewiesen. Die beiden letztgenannten Posten wirken wie eine Ersparnis; die Pflichtbeiträge indes umfassen sowohl ersparnisähnliche als auch andere Beiträge. Sie wurden hier schätzungsweise voneinander getrennt; dazu wurden Informationen aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung herangezogen, nach denen die ersparnisähnlichen Sozialversicherungsbeiträge im Jahre 1993 bei den Selbständigen rund zwei Drittel, bei den Arbeitnehmern knapp die Hälfte, bei den Nichterwerbstätigen⁷ aber nur 5 % der jeweiligen gesamten Sozialversicherungsbeiträge ausmachten. Diese Informationen ermöglichten es, die von den Haushalten der einzelnen Einkommensklassen geleisteten Beiträge rechnerisch aufzuspalten.

⁷ Die vom Staat zugunsten der Arbeitslosen getragenen Rentenversicherungsbeiträge werden hier nicht berücksichtigt.

Mit steigendem Einkommen nehmen die Vorsorgeaufwendungen der privaten Haushalte stark zu. Das gilt sowohl für die Sozialversicherungsbeiträge, die zur Alters- und Hinterbliebenensicherung gezahlt werden, als auch für die Prämien für Lebensversicherungen (Tabelle 7). Die gesamten Vorsorgeaufwendungen betragen 1993 bei einem Monatseinkommen von 1 000 DM bis 2 000 DM in beiden Teilen des Landes jeweils 15 DM monatlich; bei einem Einkommen von 4 000 DM bis 5 000 DM waren es 397 DM (Westdeutschland) bzw. 433 DM (Ostdeutschland), bei einem Einkommen von 7 500 DM bis 10 000 DM 694 DM bzw. 742 DM.

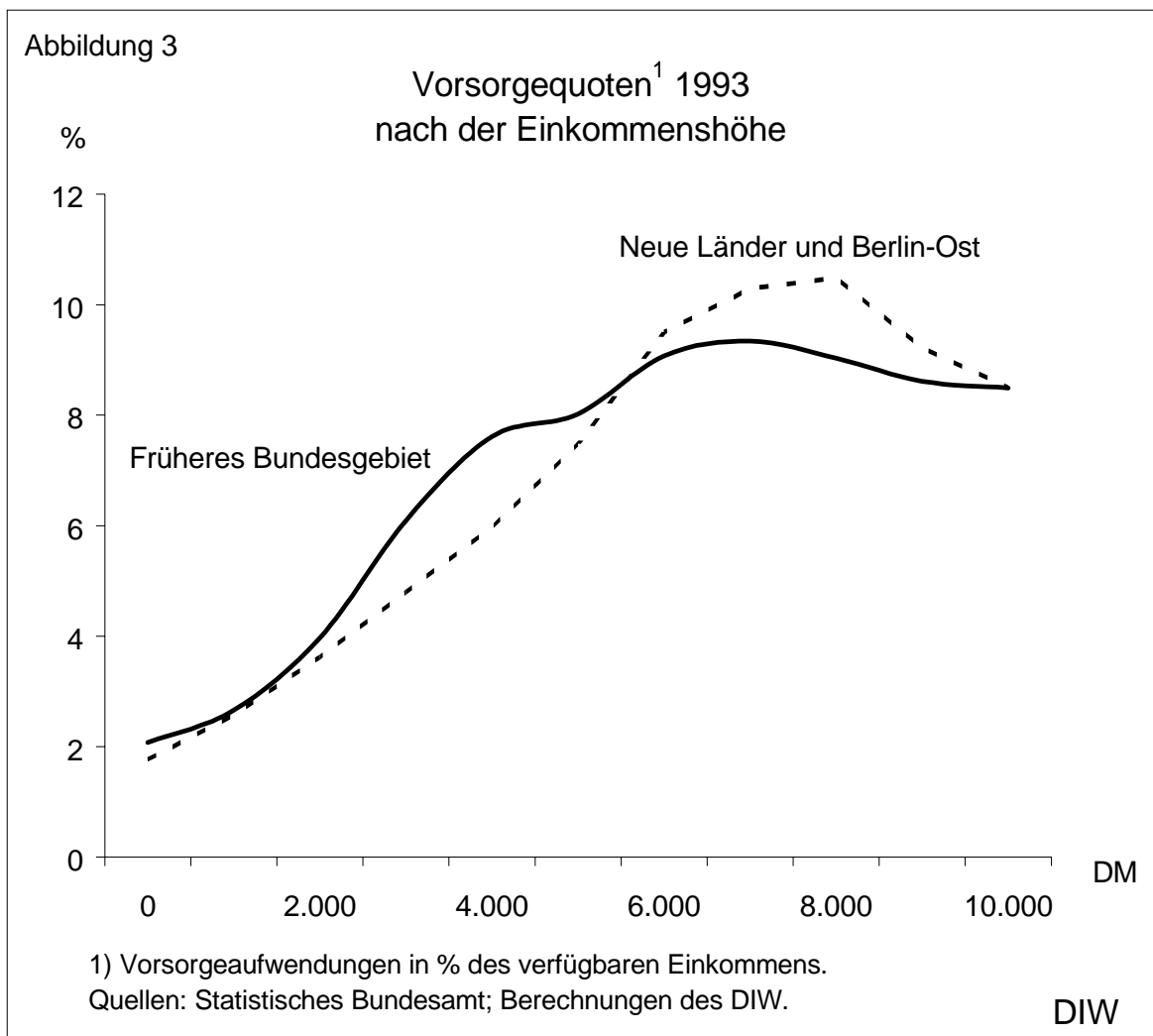
Tabelle 7

Vorsorgeaufwendungen 1993 nach der Einkommenshöhe
in DM je Haushalt und Monat

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM	Ersparnisähnliche Sozialversicherungsbeiträge			Prämien für Lebensver- sicherungen	Vorsorge- auf- wendungen	Nachrichtlich: Vorsorge- quote ³⁾ in %	
	Pflicht- beiträge ¹⁾	Freiwillige Beiträge zur gesetz- lichen Renten- versicherung	zu Pensions- und Sterbe- kassen ²⁾				Zusammen
Früheres Bundesgebiet							
unter 1.000	5	0	0	6	10	15	2,1
1.000 ... 2.000	31	1	1	33	17	50	3,4
2.000 ... 3.000	120	3	1	124	45	169	7,0
3.000 ... 4.000	184	4	3	191	81	271	8,0
4.000 ... 5.000	264	6	5	275	123	397	9,1
5.000 ... 10.000	359	16	11	386	201	587	9,0
10.000 ... 35.000	371	71	33	476	558	1.033	8,3
Zusammen	229	11	7	247	138	386	8,3
Neue Länder und Berlin-Ost							
unter 1.000	4	1	1	6	9	15	1,8
1.000 ... 2.000	28	2	1	31	16	47	3,2
2.000 ... 3.000	91	3	1	94	38	133	5,4
3.000 ... 4.000	183	3	1	187	75	262	7,5
4.000 ... 5.000	325	5	2	332	101	433	9,5
5.000 ... 10.000	471	9	7	488	148	636	10,2
10.000 ... 25.000	399	22	21	442	504	946	7,6
Zusammen	184	4	2	190	68	259	7,8
¹⁾ Aufteilung der Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung in ersparnisähnliche und andere Beiträge nach Angaben der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.– ²⁾ Einschließlich berufsständische Alterskassen.– ³⁾ Vorsorgeaufwendungen in % des verfügbaren Einkommens vor Abzug der ersparnisähnlichen Sozialversicherungsbeiträge. <i>Quellen:</i> Statistisches Bundesamt (1997); Berechnungen des DIW.							

Der Anteil der ersparnisähnlichen Sozialversicherungsbeiträge am verfügbaren Einkommen steigt bis zur Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung (1993 monatlich 7 200 DM). Je mehr dann das Einkommen diese Grenze überschreitet, um so mehr fällt naturgemäß die Belastung durch Sozialbeiträge:

Bei einem Monatseinkommen von 4 000 DM bis 5 000 DM betrug sie 1993 6,3 % (Westdeutschland) bzw. 7,3 % (Ostdeutschland), bei einem Einkommen von 7 500 DM bis 10 000 DM nur noch 5,3 % bzw. 6,8 % des verfügbaren Einkommens. Der Anteil der aus diesem Einkommen für Lebensversicherungsprämien aufgewendeten Mittel nimmt durchgängig zu, doch bei der Belastung des Einkommens durch sämtliche Vorsorgeaufwendungen schlägt der regressive Effekt der Rentenversicherungsbeiträge im Bereich höherer Einkommen durch (Abbildung 3).



9. Vorsorgeaufwendungen nach Haushaltsgruppen

Von Bedeutung für den Verlauf der Vorsorgeaufwendungen bei steigendem Einkommen ist nicht zuletzt die Besetzung der Einkommensbereiche mit unterschiedlichen Haushaltsgruppen. In den unteren Einkommensklassen dominieren die Haushalte von Nichterwerbstätigen, in den oberen Einkommensklassen die Erwerbstätigen-Haushalte.

Wie schon erwähnt, werden aus dem Einkommen der Nichterwerbstätigen-Haushalte nur in geringem Umfang Rentenversicherungsbeiträge gezahlt. Für die Empfänger von Arbeitslosengeld oder -hilfe werden diese Beiträge von der Arbeitslosenversicherung getragen. Bezieher einer Vollrente wegen Alters sowie einer Pension nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder aus einer berufsständischen Versorgungseinrichtung sind versicherungsfrei, wenn sie nach dem Eintritt in den Ruhestand Einkommen aus unselbständiger Arbeit beziehen; bei diesen Personen besteht kein Sicherheitsbedürfnis in der Rentenversicherung mehr, weil das Sicherungsziel bereits erreicht ist. Eine Rolle spielen allerdings die Einkünfte erwerbstätiger Personen, die in Haushalten mit einem nichterwerbstätigen Haushaltsvorstand leben - Einkünfte dieser Art machten 1993 sowohl in West- als auch in Ostdeutschland fast neun Zehntel des Einkommens aus, das diese Haushalte aus unselbständiger Arbeit bezogen. Prämien für eine Lebensversicherung zahlen Rentner und Pensionäre nur noch vergleichsweise selten.

Die durchschnittlichen Vorsorgeaufwendungen der Selbständigen-Haushalte liegen über denen der anderen Haushaltsgruppen (Tabelle 8). Zwar leisteten die Selbständigen-Haushalte im Jahre 1993 geringere Sozialversicherungsbeiträge für die Alters- und Hinterbliebenenvorsorge als die Arbeitnehmer-Haushalte; ins Gewicht fielen bei den Beiträgen der Selbständigen-Haushalte allenfalls Pflichtbeiträge an die landwirtschaftlichen Alterskassen. Doch die von den Selbständigen-Haushalten im Durchschnitt geleisteten Prämien für Lebensversicherungen übertrafen die der Arbeitnehmer-Haushalte deutlich.

Allerdings zeigt sich zwischen den Vorsorgeaufwendungen der sozioökonomischen Haushaltsgruppen eine geringere Differenzierung als zwischen der Ersparnis der

Tabelle 8

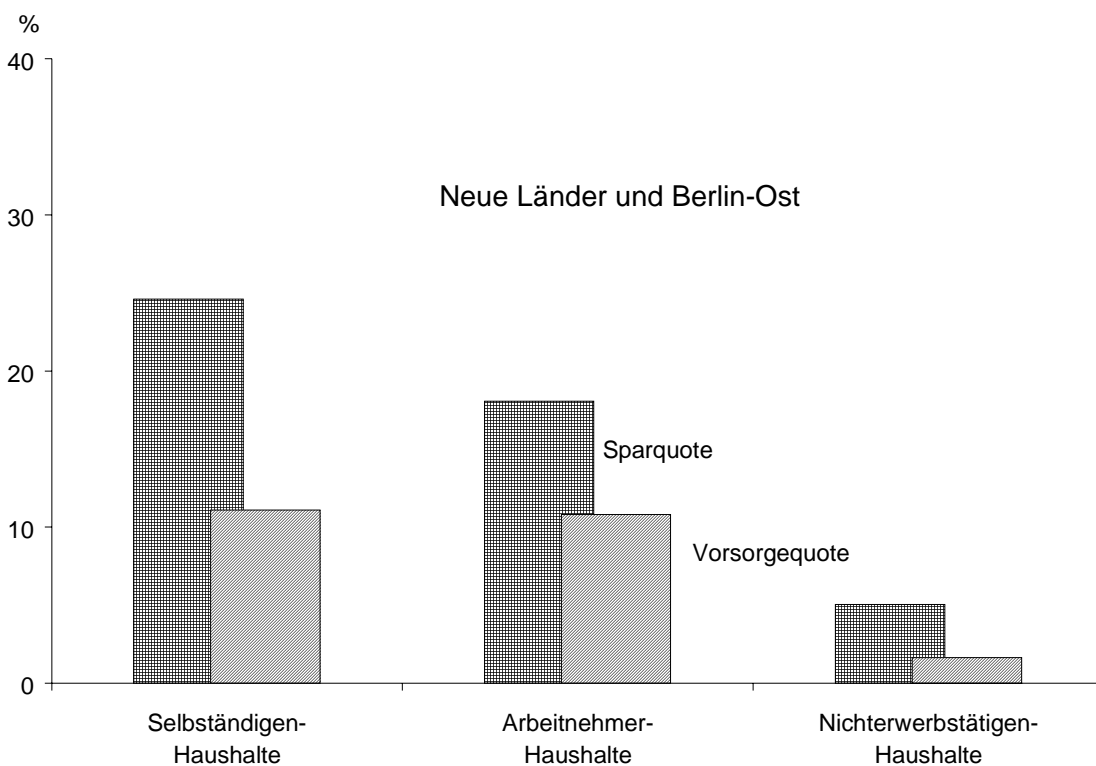
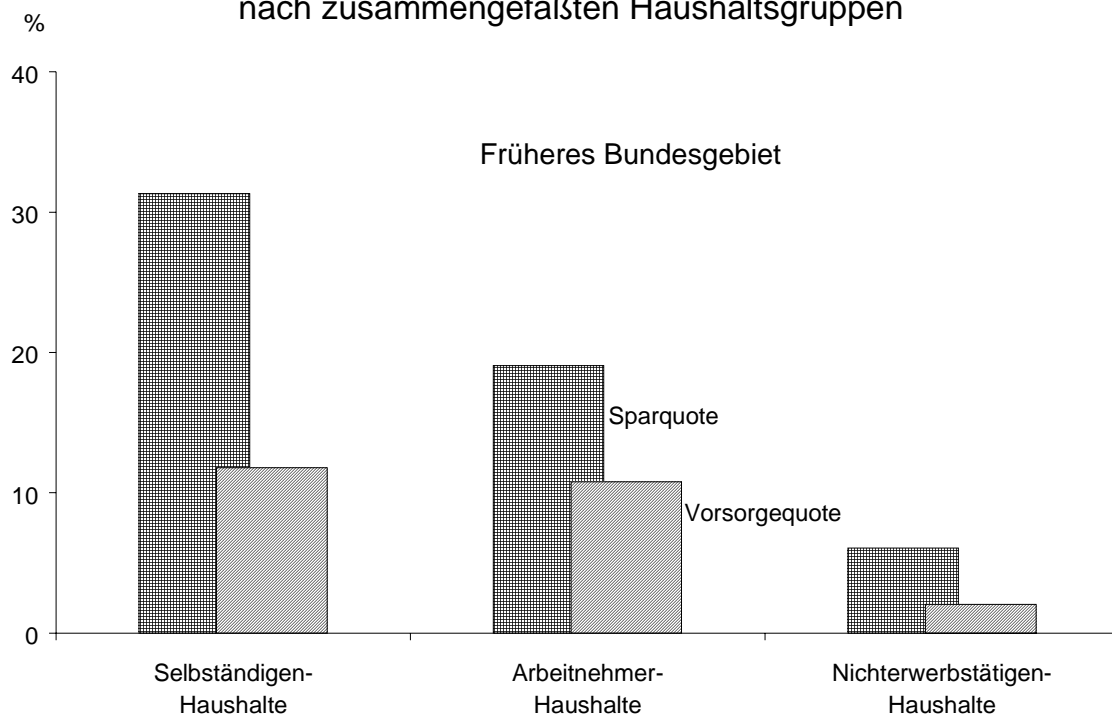
Vorsorgeaufwendungen 1993 nach Haushaltsgruppen
in DM je Haushalt und Monat

Soziale Stellung der Bezugsperson	Ersparnisähnliche Sozialversicherungsbeiträge				Prämien für Lebensversicherungen	Vorsorgeaufwendungen	Nachrichtlich: Vorsorgequote ³⁾ in %
	Pflichtbeiträge ¹⁾	Freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung	zu Pensions- und Sterbekassen ²⁾	Zusammen			
Früheres Bundesgebiet							
Selbständiger							
in der Landwirtschaft	573	33	3	609	265	874	16,3
außerhalb der Landwirtschaft	186	108	13	307	585	892	11,1
Angestellter	449	8	17	474	176	650	11,1
Beamter	77	5	3	86	161	246	3,9
Arbeiter	449	4	5	458	133	591	12,2
Arbeitsloser	4	2	1	8	70	77	3,0
Rentner	9	2	2	13	40	53	1,8
Pensionär	5	7	2	14	63	78	1,6
Sonstiger Nichterwerbstätiger	6	5	3	14	66	81	2,9
Zusammen	229	11	7	247	138	386	8,3
Neue Länder und Berlin-Ost							
Selbständiger	263	64	8	334	241	575	11,1
Arbeitnehmer	362	1	3	366	91	458	10,8
Arbeitsloser	7	1	1	9	56	64	2,7
Übriger Nichterwerbstätiger ⁴⁾	6	1	0	7	24	31	1,4
Zusammen	184	4	2	190	68	259	7,8
¹⁾ Aufteilung der Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung in ersparnisähnliche und andere Beiträge nach Angaben der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.– ²⁾ Einschließlich berufsständische Alterskassen.– ³⁾ Vorsorgeaufwendungen in % des verfügbaren Einkommens vor Abzug der ersparnisähnlichen Sozialversicherungsbeiträge.– ⁴⁾ Rentner, Pensionär und sonstiger Nichterwerbstätiger. <i>Quellen:</i> Statistisches Bundesamt (1997); Berechnungen des DIW.							

Gruppen. Während der durchschnittliche Sparbetrag der Selbständigen-Haushalte 1993 mehr als doppelt (Westdeutschland) bzw. nahezu doppelt so hoch (Ostdeutschland) ausfiel wie der der Arbeitnehmer-Haushalte, bestand bei den durchschnittlichen Vorsorgeaufwendungen ein Verhältnis von 1,5:1 bzw. 1,3:1. Auch die Differenzierung bei den auf das jeweilige verfügbare Einkommen bezogenen Vorsorgeaufwendungen ist deutlich geringer als bei den Sparquoten der der Haushaltsgruppen; die Vorsorgequoten der Selbständigen- und der Arbeitnehmer-Haushalte unterscheiden sich nicht besonders stark (Abbildung 4).

Abbildung 4

Spar- und Vorsorgequoten¹ 1993 nach zusammengefaßten Haushaltsgruppen



1) Ersparnis bzw. Vorsorgeaufwendungen in % des verfügbaren Einkommens.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW.

10. Fazit

Die Sparquoten der einzelnen sozioökonomischen Haushaltsgruppen differieren in ihrer Höhe beträchtlich. Doch ein Vergleich ist hier wegen der unterschiedlichen statistischen Verbuchung von Vorsorgeaufwendungen nicht unproblematisch. Selbständige sind von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung befreit; sie finanzieren ihre Alters- und Hinterbliebenenversorgung in der Regel durch Lebensversicherungen. Die hierfür aufgewendeten Mittel werden aus dem verfügbaren Einkommen gezahlt und sind Teil der Ersparnis der Selbständigen-Haushalte. Rechnerisch resultiert eine vergleichsweise hohe Sparquote.

Für Angestellte und Arbeiter gründet sich die Alters- und Hinterbliebenenversorgung auf Pflichtbeiträge an die gesetzliche Rentenversicherung. Diese Beiträge werden in der Statistik vor Ermittlung des verfügbaren Einkommens abgesetzt und nicht als Teil der Ersparnis gewertet. Das hat zur Folge, daß die Sparquote der Haushalte (nichtbeamteter) Arbeitnehmer vergleichsweise niedrig ausfällt. Die Alterssicherung der Beamten schließlich wird in voller Höhe aus Steuermitteln finanziert.

Aussagekräftiger ist es, statt der Ersparnis der sozioökonomischen Haushaltsgruppen deren Vorsorgeaufwendungen - nämlich die für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung geleisteten Sozialversicherungsbeiträge sowie die Prämien für Lebensversicherungen - gegenüberzustellen. Der Anteil dieser Aufwendungen am verfügbaren Einkommen der sozioökonomischen Haushaltsgruppen - hier als Vorsorgequote bezeichnet - zeigt eine schwächere Differenzierung als bei den Sparquoten. Die Vorsorgequoten der Selbständigen- und der Arbeitnehmer-Haushalte weichen in ihrer Höhe nicht sehr stark voneinander ab, wie die Ergebnisse der EVS von 1993 zeigen (Quoten in % des verfügbaren Einkommens):

Frühes Bundesgebiet		
	Sparquote	Vorsorgequote
Selbständigen-Haushalte	31,3	11,8
Arbeitnehmer-Haushalte	19,1	10,8
Nichterwerbstätigen-Haushalte	6,1	3,7

Neue Länder und Berlin-Ost		
	Sparquote	Vorsorgequote
Selbständigen-Haushalte	24,6	11,1
Arbeitnehmer-Haushalte	18,1	10,8
Nichterwerbstätigen-Haushalte	5,1	1,6

11. Literaturverzeichnis

Bedau, Klaus-Dietrich (1998): Auswertung von Statistiken über die Vermögensverteilung in Deutschland. Beiträge zur Strukturforschung, Heft 173. Duncker & Humblot, Berlin.

Bedau, Klaus-Dietrich, und Peter Krause (1998): Das Einkommen der privaten Haushalte nach unterschiedlichen Statistiken. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 3, S. 209-233.

Deutscher Bundestag (1997): Stenographische Berichte, 182. Sitzung, Bonn.

DIW (1989): Einkommen und Ersparnis der Privathaushalte im Jahr 1988. Bearb.: Karin Müller-Krumholz. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 28, S. 313-319.

DIW (1999): Entwicklung der Einkommenspositionen von Haushaltsgruppen in Deutschland. Bearb.: Klaus-Dietrich Bedau. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 3, S. 79-88.

Euler, Manfred (1985): Erfassung und Darstellung der Einkommen privater Haushalte in der amtlichen Statistik. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 1, S. 56-62.

Hertel, Jürgen (1997): Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte 1993. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 1, S. 45-58.

Münnich, Margot (1997): Haushaltsbudgets von Arbeitern und Angestellten aus der Sicht der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 5, S. 342-354.

12. Verzeichnis der statistischen Quellen

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (1997): Materialband zum Sozialbudget 1997.

Deutsche Bundesbank (1998): Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 1990 bis 1997. Statistische Sonderveröffentlichung 4.

Statistisches Bundesamt (1995): Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 2, Vermögensbestände und Schulden privater Haushalte.

Statistisches Bundesamt (1997): Fachserie 15, Wirtschaftsrechnungen, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 4, Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte.

Statistisches Bundesamt (1998): Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3, Konten und Standardtabellen 1997, Hauptbericht.